

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION

## Liebe Leserinnen und Leser,



wie wir gesehen haben, ist politischer Extremismus nicht nur am 1. Mai in den Straßen unserer Großstädte, ein aufflammendes Problem. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema ist zwar am „Tag der Arbeit“ besonders intensiv, verschwindet aber genauso schnell wieder wie die eingeworfenen Fensterscheiben der Läden ersetzt und die Pflastersteine von den Straßen gefegt werden.

Unser Interview mit Politikwissenschaftler Prof. Dr. Eckhard Jesse, der selbst vor ein paar Wochen einen der vier linksextremistischen Drohbriefe - garniert mit einer leeren Patrone - erhielt, macht deutlich, dass die extremistische Bedrohung in Deutschland keineswegs nur an einem Tag im Jahr zu spüren ist. Der Terror der RAF mag zwar Geschichte sein, dennoch ist die Gewaltbereitschaft rechter und linker Gruppierungen ungebrochen. Und aktueller denn je.

Wir alle tragen Verantwortung. Eine starke und demokratische Gesellschaft ist die beste Antwort, um politisch „Verirrten“ das Handwerk zu legen.

Die Chefredaktion wünscht eine spannende Lektüre

Dr. Stefan Ewert & Younes Ouaqasse

GEWINNSPIEL

## Die Gewinner!

DIE ENTSCHEIDUNG gratuliert den 8 Gewinnern der DVD „Verrückt nach Dir“ herzlich und wünscht viel Spaß beim Anschauen:

**Julia Cornelius**  
26969 Butjadingen

**André Moritz**  
55128 Mainz

**Gisela Mosburger**  
92262 Birgland

**Doris Moßmann**  
54346 Mehring

**Peter Neumaier**  
93051 Regensburg

**Axel Rode**  
36282 Hauneck

**Benjamin Timo Schappe**  
66450 Bexbach

**Lisa Vorstoffel**  
90451 Nürnberg



Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter



TITEL

## Keine Chance den Extremisten



Es begann harmlos mit einer Ankündigung: Am 12. April wollte die Junge Union Verden im örtlichen Jugendzentrum eine Informationsveranstaltung zum Thema „Linksextremismus: Die unterschätzte Gefahr“ durchführen. Die Einladungen waren auf allen Kanälen veröffentlicht, auch über die sozialen Netzwerke im Internet wurde geworben; auch ein Referent aus der niedersächsischen Extremismus-Informationsstelle hatte sein Kommen zugesagt, der neben der historischen Entwicklung des Kommunismus insbesondere den Zusammenhang zwischen Linksextremismus und der Partei „Die Linke“ sowie ihrer Jugendorganisation erläutern sollte. Es sollte eine normale JU-Veranstaltung zur politischen Bildung sein.

Dann passierte jedoch etwas Unerwartetes: „Offensichtlich wurde innerhalb des linksextremen Spektrums massiv dafür geworben, die Veranstaltung ‚mit allen Mitteln‘ zu verhindern“, berichtet Sebastian Fischer, Pressesprecher der JU Verden. Denn innerhalb von 24 Stunden wurden Linksextremisten aus dem Raum Verden und Bremen auf die Veranstaltung aufmerksam. Eine massive Bedrohungs- und Anfeindungs-lage entstand. Auf diversen linksextremen Websites und Blogs wurde zur Störung des Treffens aufgerufen - schließlich sei die Junge Union ein „verachtenswerter Haufen aus reaktionären Unsympathen“. Die JU Verden sei bekannt für „platten Rassismus und einem notorischen Hass auf jegliche progressiven Gedanken“. Dem „Verfassungsschutz-Gesülze“ sollte Kontra gegeben werden. Die Dokumentation solcher Äußerungen durch die JU Verden belegt das extremistische und wirre Weltbild

der linken Gegner. Auch die andere Seite des extremistischen Spektrums machte mobil - Neonazis kündigten ihre „Teilnahme“ an der Diskussionsrunde an. „Die Polizei hatte ebenfalls Hinweise auf ein mögliches Aufeinandertreffen der beiden extremistischen Lager und wäre mit einer großen Abordnung vor Ort gewesen“, sagt der Verdener JU-Stadtverbandsvorsitzende Marcel Iden. Die Junge Union entschloss sich, die Veranstaltung im Jugendzentrum abzusagen.

Ereignisse wie in Verden, die Krawalle im Zuge der Räumung eines besetzten Hauses in Berlin-Friedrichshain oder der Brandanschlag auf eine Berliner Polizeiwache sind Beispiele für die Gefahr, die von Extremisten ausgeht. Erst vor wenigen Wochen gab Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich MdB einen Überblick über die politisch motivierte Gewalt im vergangenen Jahr. Obwohl die Fallzahlen leicht rückgängig sind, ist die Bilanz erschreckend: Insgesamt 27.180 politisch motivierte Straftaten wurden 2010 in Deutschland gemeldet, immerhin 20 Prozent weniger als 2009. Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten sank von 3.044 (2009) um 13,4 Prozent auf 2.636 Delikte (2010). Erneut gab es im linken Spektrum mit 1.377 Fällen (2009: 1.822) mehr politisch motivierte Gewalttaten als im rechten Spektrum mit 806 Delikten (2009: 959). Auffällig ist zudem die um 31,7 Prozent gestiegene Anzahl von Straftaten, die sich gegen die Polizei richteten.

Das wirksamste Mittel, vor allem die junge Generation gegen politischen Extremismus zu immunisieren, ist Aufklärung. Gleichzeitig muss das Bewusstsein für die demokratischen Grundlagen unseres Staates gestärkt werden. Unter den politischen Organisationen ist es allerdings offenbar nicht leicht, sich auf einen demokratischen Konsens zu einigen, wie der Streit über die sogenannte „Extremismusklausel“ zeigt. Das von Dr. Kristina Schröder MdB geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordert seit kurzem von öffentlich geförderten Trägern und ihren Partnern ein Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dass sich die Jungsozialisten in der SPD, die Grüne Jugend und die Linksjugend [solid] in einer gemeinsamen Pressemitteilung dagegen wehren und offen vom „Versuch, mit einfachem Schablonendenken Debatten um linke Forderungen zu kriminalisieren“ sprechen, ist mehr als skandalös. Denn der Rechtsstaat muss sich gegen seine Feinde wehren. Für die Junge Union steht fest: Sie ist gegen Extremismus jeder Art und grenzt sich klar gegen Gewalt ab. Diese Eindeutigkeit sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein.

WIRTSCHAFTSKÖPFE: HEINRICH HAASIS

## Den Menschen helfen



In Berlins Mitte an der Charlottenstraße, in unmittelbarer Nähe zum Gendarmenmarkt, hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) seinen Sitz. Dass die Wege zur Politik im Zentrum der Hauptstadt auch im übertragenen Sinne kurz sind, ist die Aufgabe von Heinrich Haasis.

Der 61-Jährige führt als Präsident den

Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe mit ihren 429 Sparkassen, sieben Landesbank-Konzernen, zehn Landesbausparkassen, elf Erstversicherergruppen und weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen mit insgesamt rund 366.500 Mitarbeitern. 2009 kam die dezentral strukturierte Sparkassen-Finanzgruppe als größte Institution am Finanzplatz Deutschland auf ein Geschäftsvolumen von 3.410 Milliarden Euro. 50 Millionen Kunden vertrauen auf die Dienste der Sparkassen und drei von vier Unternehmen pflegen eine Geschäftsbeziehung zu einer Sparkasse oder Landesbank - wer an der Spitze des DSGV steht, trägt vielfältige Verantwortung an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik. Es ist daher Voraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvermittlung, beide Bereiche derart gut zu kennen wie Heinrich Haasis.

Wohin ihn sein beruflicher Werdegang führen würde, war für den gebürtigen Schwaben nicht abzusehen. „Wir waren zuhause acht Kinder. Mein Vater, ein selbstständiger Schreinermeister wollte, dass ich eine Lehre bei der Volksbank mache“, erinnert sich Haasis, der morgens einen Fußweg von 10 Kilometern zur Schule zurückzulegen hatte. Er entschied sich nach der Höheren Handelsschule anders, als es ihm sein Vater geraten hatte, und begann mit einer Ausbildung für den gehobenen baden-württembergischen Verwaltungsdienst. Nachdem er 1968 die Staatsprüfung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) abgeschlossen hatte, arbeitete er zunächst in den städtischen Verwaltungen von Nürtingen und Hechingen. Schon zu dieser Zeit hatte das damalige JU-Mitglied das Ziel, in die Kommunalpolitik einzutreten. Knapp vor seinem 26. Geburtstag wurde er 1971 zum Bürgermeister der Gemeinde Bisingen im Zollernalbkreis gewählt: „Ich gewann gegen

den offiziellen CDU-Kandidaten.“ Das sei nicht das erste Mal gewesen - „schon bei meiner ersten Stelle nach der Staatsprüfung habe ich mich gegen einen älteren CDU-Vertreter durchgesetzt.“ Eine weitere Kampfkandidatur gegen den CDU-Kreisvorsitzenden um das Landtagsmandat des Wahlkreises Balingen war ebenfalls erfolgreich, so dass Haasis 1976 als direktgewählter Abgeordneter erstmals in das Parlament in Stuttgart einzog. Zugleich blieb er Bürgermeister seiner 8000-Einwohner-Gemeinde. Dieses Amt musste er erst aufgeben, als er 1981 Landrat des Zollernalbkreises wurde. „Ich war der erste CDU-Landrat in meinem Heimatkreis, zuvor wurde die Position von der SPD und zuletzt von den Freien Wählern besetzt.“ Parallel zum Landtagsmandat musste er als Landrat schnell feststellen, dass sein Landkreis besonders von der Abwanderung der Textilindustrie ins Ausland betroffen war. Da er in seinem Wahlamt auch automatisch Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse Balingen geworden war, kam er nicht nur mit dem regionalen Bankwesen in Kontakt, sondern wurde auch unmittelbar mit den Sorgen der vom Strukturwandel betroffenen Familienbetriebe konfrontiert. Haasis war gefordert, den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben und für neue Arbeitsplätze zu werben, indem er einen Ausbildungsverbund für die jungen Menschen ins Leben rief. Damals habe er gelernt, dass es ein Fehler sei, den augenblicklichen Zustand festhalten und sich auf dem Erreichten ausruhen zu wollen: „Wer stehen bleibt, fällt zurück!“ Man müsse bereit sein, Veränderungen durchzusetzen. Schon in der Jungen Union habe er neue Formen des Wahlkampfes ausprobiert und die Älteren in der CDU inhaltlich herausgefordert, ja manchmal auch „geärgert“, wie er sagt.

Die Möglichkeit, Investitionen fördern zu können, gab letztlich auch den Ausschlag, „ins Bankfach“ zu wechseln. Allerdings war es noch kein vollständiger Abschied aus dem Parlamentsgeschehen - als er 1991 Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes (WSGV) und auch Mitglied im DSGV-Vorstand wurde, behielt er sein Landtagsmandat. „Ich wollte meine Unabhängigkeit bewahren und nie hauptberuflich in die Politik gehen“, betont der Vater von zwei Kindern. Den Stuttgarter Landtag, wo er unter den späteren Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Günther Oettinger ab 1981 zwei Jahrzehnte stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion war, verließ er daher erst im Jahr 2001, nachdem er Präsident des neu entstandenen Sparkassenverbandes Baden-Württemberg geworden war. [...]

KAMPAGNE

## Grün? Kannste knicken!



Die Geschichte der Grünen ist eine Geschichte der Widersprüche. Erst Sponti im Frankfurter Westend, dann Villenbesitzer im Grunewald. Erst gegen das politische Establishment, dann in der Regierung mittendrin. Erst Ökosteuer und Dosenpfand einführen, dann wenig klimaneutral Champagner auf Empfängen schlürfen. Erst Flugbenzin teurer machen und dann mit den Jets der Flugbereitschaft durch die Welt düsen. Ist der grüne Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert. Doch bei vielen Bürgern ist das Ansehen der Grünen noch längst nicht angekratzt, im Gegenteil: Die jüngsten Höhenflüge auf den Gipfel der Sonntagsfrage belegen eine weitgehend unkritische Sympathie für die Stricktanten und Körneresser von einst. Im Lebensstil bürgerlicher als jemals zuvor sind sich die Grünen politisch treu geblieben. Es gibt

weiterhin keine andere Partei in Deutschland, die technischen Fortschritt und damit auch wirtschaftliches Wachstum konsequenter ablehnt. Es gibt neben der SED-Fortsetzungspartei keine andere Partei in Deutschland, die heillos einer Umerziehungsideologie hin zu einem ökologisch denkenden, politisch korrekten, komplett gendermaingestreamten Menschen folgt. Es gibt keine andere Partei in Deutschland, denen Kakerlakenvögel in der brandenburgischen Uckermark und das Binnen-I wichtiger ist als die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und es gibt trotz Gabriel, Nahles, Ernst, Löttsch und Wagenknecht keine Partei in Deutschland, die nervigere Köpfe hervorbringt. Die Grünen sind die Dagegenpartei Deutschlands. Sie sind gegen Kernkraftwerke, aber auch gegen Gas- und Kohlekraftwerke. Und wenn Windräder oder Sonnenkollektoren die Natur beeinträchtigen, sind sie auch dagegen. Gegen Überlandleitungen, wie sie für den Transport von Strom aus erneuerbaren Energien aus dem Norden in den Süden gebraucht werden, sind sie sowieso. Pumpspeicherkraftwerke? Da winken Grüne meist ab. Die so wichtige deutsche Autoindustrie? Der erste grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält sie für überflüssig.

Was die JU dagegen für überflüssig hält, ist grüne Dagegenpolitik und Dauernörgelei. Bestellt deshalb jetzt im JU-Shop die Produkte der neuen „Grün? Kannste knicken“-Reihe! Alle Infos zur neuen Kampagne unter: <http://bit.ly/eykgk8>

AKTIV

## In dem großen Erfolg



bei der Volksabstimmung zur Einführung der Schuldenbremse in die hessische Verfassung sieht der Landesvorsitzende der Jungen Union Hessen, Ingmar Jung, „ein klares Signal für eine Politik, die die Generationengerechtigkeit in den Vordergrund stellt.“

70 Prozent der Bürger waren am 27. März dem gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen im Landtag gefolgt. Das Ergebnis war zugleich eine Bestätigung für die JU Hessen, die 2009 den Stein ins Rollen brachte, als sie erste politische Organisation beschlossen hatte, eine Volksabstimmung zu fordern.

Gleichzeitig dazu fand in Hessen die Kommunalwahl statt, bei der erneut zahlreiche JU-Mitglieder auf den CDU-Listen antraten. In einem häufig unkonventionellen und auffälligen Wahlkampf präsentierten sich die JUlter als starke Stimme der jungen Generation. Der Frankfurter JU-Kreisverband etwa fragte provokant auf Postkarten „Wie grün bist Du wirklich?“ und brachte damit viele Bürger zum Nachdenken. Diesen engagierten Einsatz honorierten die Wähler vielerorts mit guten Ergebnissen. Einen hauptamtlichen Bürgermeister stellt die JU mit Jan Fischer zukünftig in Nauheim (Kreis Groß-Gerau).

Im Rahmen der Kommunalwahl und der Kampagne „Für Hessens gute Verfassung: Ja zur Schuldenbremse“ verteilten die Verbände der JU landesweit insgesamt 25.000 Postkarten, 10.000 Tüten Gummibärchen, 7.000 Kugelschreiber und 2.500 Sparschweine.